



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ringleb, A.: Zur "Kammer der Arbeit"

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zur „Kammer der Arbeit“

Von Dr. A. Klingeb=Berlin



n den deutschen Grenzen steht, wirtschaftlich und militaristisch kämpfend, der russische Bolschewismus. Die Baltischen Staaten verbrüdernd sich den Sowjets, Litauen verkommt im Schieberelend und hat längst aufgehört, ein „Pufferstaat gegen die Bolschewisierung Europas“ zu sein. Innerhalb des Reiches Marken, in seinem innersten Mark aber schwelt die verzehrende, den Staatsbau unterhöhrende Blut eines unterirdischen Feuers: Selbstvernichtender Sozialismus, der vergaß, daß seine erste Aufgabe und sein Grundprinzip ist: Ginausstreben aus der partei- oder klassenegoistischen Vereinzelnung. Man beschuldigt nicht die Arbeitermassen, die der Sozialismus als erste angeht. Nicht ihre Schuld ist diese Unterlassung. Die deutschen Gebildeten, die fatten Nachdenklichen und die Denker im Mangel haben sich — im Banne des zeitgenössischen russischen Schrifttums — einem Idealanarchismus ergeben, der sie vergessen ließ, daß des Mannes Aufgabe Gesellschafts- und Staatenbildung ist, Führerauslese zum Dienste am Ganzen.

Die Neuzeit hatte die Gesellschaft in stetem Fortschritt in den Vordergrund gestellt; trug vor ihr nur eine verschwindende Minderheit die Kultur, um sie gleichzeitig in vollem Sinne zu besitzen, so durfte das Jahrhundert der tausendfältig nach Raum und Zeit gesteigerten Beziehungen zwischen den Völkern, die eine stolz ins Überirdische greifende Technik gewähren und leisten konnte, keinen Rückfall in einen selbstbetrachtenden, selbstgefälligen, abbauenden Individualismus dulden.

Sie dürfte das bei ihren Verantwortlichen und Gebildeten um so weniger, als den Massen das Schicksal, nur Objekt wohlwollender Fürsorge einzelner zu sein, genommen schien. Sie durfte es nicht, weil sie jene Massen zu selbständiger Mitwirkung, zur Entscheidung über Gehalt und Richtung des Lebens berufen hatte.

Unsere Zeit hatte die Bedeutung der wirtschaftlichen Zustände, angesichts des Gedankens und der Milieutheorie, als fast den wichtigsten Faktor der neuen Rechnung von Hegel und Marx ihren Menschen vorgelegt. Als es galt, den stolzen Bau stolzester Gedanken zu erproben, als ein Krieg und tausend andere Gewalten zerstörend, vernichtend und zersetzend gewirkt hatten und nur mehr die Grundmauern standen, glaubten jene Dekadenten mit dem billigen Worte vom Pazifismus genug zu tun und gründeten „neue Vaterländer“, erdachten Freiheit und dekretierten Gleichheit. Wo ist doch wohl ein Hausbau begonnen worden am Siebel? Die sozialökonomische Gliederung von Gesellschaft und Wirtschaft droht der Auflösung anheimzufallen. Von dort aus erzieht und reißt sich riesengroß die Gefahr einer zweiten, der blutigen Umwälzung eines Staates, der kaum mehr als solcher erkennbar ist, weil ein Teil seiner produktiven Kräfte seine normalen Arbeitsbahnen verließ — die Blutbahnen des Wirtschaftskörpers — und die absterbenden Teile ärgstem und schamlosestem Parasitismus ausgeliefert hat.

Wirtschaftliche Erziehung und Aufklärung tut not!

Staat ist nicht ohne Wirtschaft. Löst sich das Staatsgefüge, so erlahmt und erliegt seine Wirtschaft und es sterben ab die produktiven Kräfte. Zehlen

fie, krank der Wirtschaftskörper, so stehen Staatsbau, Gesellschaft, Sozialismus in Gefahr.

Wir können eine Maschine ölen und treiben, aber nur der Sachverständige kann sie konstruieren. Und deshalb gelte der öffentliche Kampf, den wir brauchen, dem Unsachverständigen und seinem Schlagwort. Aufbau und Werden ist wirtschaftliche Erziehung und Aufklärung durch Männer der Wirtschaft, aber nicht — durch Literaten — gleichviel welcher Herkunft. In einer bekannten Streitschrift sagte unlängst ein bekannter Industrieller, jede Köchin spreche heute „von Valuta“. Ich muß hinzufügen, daß ich mit Erstaunen einen „Gebildeten“ kürzlich sagen hörte, die deutsche Valuta werde sich mit dem Angebot und der Durchführung der Auslieferung von 1500 deutschen „Kriegsschuldigen“ heben.

In wieviel Arbeiterversammlungen ist wohl von einem Räteystem gesprochen und dabei des russischen Vorbildes gedacht worden — in wie wenigen Köpfen aber wurde dabei der Gedanke lebendig, daß „Räte“ Sachverständige sein müssen und daß die angefeindete Unternehmerschaft nicht nur einem „System“ solcher Räte, sondern sogar deren „Diktatur“ zur Ueberwindung unserer wirtschaftlichen Not sich fügen, vielleicht gar sie ersehnen würde.

Bis zur Unentwirrbarkeit wurden die Voraussetzungen für zutreffende Wirtschaftsurteile durcheinander geworfen, als es galt, auf der Höhe des Streif fiebers und angesichts einer schier wilden Rentenpsychose der Arbeiterschaft klar zu machen, daß Arbeit, die Arbeit aller für einen — die Gesamtwirtschaft — und eines für alle — die Volkswirtschaft — die Valuta beschaffen werde, die die Senkung der Preise aller Gegenstände des täglichen Bedarfs herbeizuführen geeignet sei. Flugblätter und — ganze Strazenzüge entlang — Regierungsplakate kündeten die sanft eindringliche Mahnung: Arbeitet, dann werdet ihr zu essen haben — aber keine dieser papiernen Schlagwortsammlungen und keine der wortreichen, gedankenarmen Schlagwortversammlungen wußte den sehnsüchtigen Blick derer, an die sie sich wandten, abzuwenden von dem großen Trugschluß: Rußland, und hinzuwenden auf die Wirtschaftstatsache vom Auslandskredit, der in einem auf Rohstoffeinfuhr überwiegend angewiesenen Lande ideell fundiert, das heißt abhängig ist von der Fähigkeit und Lust seiner produktiven Kräfte zur Arbeit. Ein Land wie Rußland, das sich selbst genügen kann aus seinen Bodenschätzen, hat einen real fundierten, kaum je erschöpfbaren Kredit bei seinen Nachbarn.

Was nützen euch Arbeitern Schlagworte, wenn es sich um die wirtschaftliche Ordnung eurer wirtschaftlichen Angelegenheiten handelt. Klassenbewußtes Sichvereinigen der Proletarier aller Länder schafft kein Forum, keine Versammlung, die mit Erfolgsaussicht die Mittel der Produktion in das Eigentum der Gesellschaft überführen könnte. Setzen wir an Stelle des politischen Klassenbewußtseins das wirtschaftliche Fachbewußtsein mit sachlich-sachlichen Kenntnissen, so werden sich zwischen Unternehmern und Arbeitern diejenigen Arbeitsgemeinschaften der Leitenden und der Leistenden ohne politische Reibungen bilden lassen und weiter bilden, die der Staat in seinen Anordnungs- und Exekutivstellen seit Menschengedenken besitzt. Sie allein können unter Ausbau des von der Sache und ihrem Verständnis ausgehenden Gedankens und unter Ausschluß der Unberufenen diejenige soziale und die Wirtschafts-Politik führen, die beispielsweise an Stelle

des heute noch billigen und wertlosen Schlagworts vom „Sozialisieren“ ein für Gesamt- und Einzelinteresse brauchbares Werk organischer, zeitfolgemäßiger Entwicklung setzt.

Wir sagen: Unter Ausschluß der Unberufenen. Hierher gehören nicht nur die Kaffeehausdenker und die Automobilbachredner, sondern in allererster Linie die Fanatiker des amtlichen Parlamentarismus und ihre Partner, die Scheinsozialisten. Denn der Kampf um die Neugestaltung des deutschen Lebens spielt sich für sie in den Formen ab, in die sie — voller Bewunderung für Fremdes, ohne Tradition und Entwicklung des Kernhaften, sich durch eigene Fahrlässigkeit haben pressen lassen: Von Rußland Übernahme der Ideale des Sozialismus, von Amerika und Frankreich „reine“ Demokratie. Daß dieses Gemisch zu der neuen deutschen Demokratie und ihrem Parlamentarismus deren schlimme Schwester, die Korruption in Deutschland, gesellen mußte, konnten sie nicht erahnen, weil sie unseherisch und rein kritisch sind, und nicht errechnen, weil sie Innerdeutsches und Außenpolitisches verquicken zu sollen glaubten.

Wie sagte doch Rathenau einmal: „Nöte des Augenblicks können durch schnelle Vertreterbeschlüsse wohl oder übel beseitigt werden . . . Der Gedanke eines Volkes ist erst dann zur Reife vollendet, wenn er in den überwiegenden Geistern zur unbewußten Selbstverständlichkeit geworden ist.“ Nie wird eine Parlamentsverhandlung eine Verhandlung ausschließlich Sachverständiger zu ersetzen in der Lage sein. Parteiprogramme und Spezialfragen! Was sehen wir? Daß die parlamentarischen Vertreter des Industriestaates Deutschland sich in Fragen der Wirtschaft in die Arbeitsgemeinschaft sachverständiger Industrieller und Arbeiterführer begeben und von hier aus die Fragen zu lösen beginnen, die das Parlament mit der überwältigendsten Mehrheit Unfachverständiger nicht lösen kann. Man beschließt, ohne zur Beratung die Kompetenz der Sachkunde zu besitzen! Wird das Parlament die deutschen Eisenbahnen retten — können seine Mehrheiten Deutschlands Kohlenwirtschaft führer stark in die Hand nehmen — wollen sie das Geldchaos meistern oder sollen parlamentarische Majoritäten sich berufen fühlen, die ins Nichts führende Versorgungswirtschaft zu ordnen?

Die Frage ist — auch entgegen dadurch betroffenem Ehrgeiz — zu verneinen. Den Schnupfen mag die Hauspflege heilen, zum Knochenbruch ruft man ärztliche Hilfe, zu einem Todkranken die Autoritäten.

Wollen die produktiven, zu einem beträchtlichen Teil bereits arbeitgemeinschaftlich geordneten Kräfte unserer nationalen Wirtschaft länger den parlamentarischen Unterhaltungen und dem literarischen Unfug über die Belange einer zu Tode getroffenen Wirtschaft zuhören, so tun sie es um den Preis eigener Existenz und — Existenzberechtigung. Denn nur noch eine gewaltige Gesamtanstrengung der fachlich Berufenen und Geordneten, von denen wir sprechen, kann leisten: wirtschaftliche Erziehung und Aufklärung durch rasche und eingehende Verbreitung derjenigen Tatsachen, deren Kenntnis Voraussetzung eines nüchternen wirtschaftlichen Urteils ist. Hierher gehört schärfster, parteirücksichtsloser Kampf gegen den groben Unfug der von den Urhebern selbst meist nicht verstandenen wirtschaftlichen und sozialen Schlagworte.

Schaffen wir wirtschaftliche Erziehung und Aufklärung!

Eine zweite, ungleich wichtigere Aufgabe harret dringlich der Lösung durch die fachlich geordnete Gemeinschaft der Wirtschaftler: die Herausnahme politischen

Parteilichens aus dem Bereiche der Wirtschaft. Wir wollen die Frage der Streiks hier nicht aufstun. Streiks wurden als gemeinschädlich auch von radikaler Seite da anerkannt, wo sie gemeingüterliche Wirtschaftszweige (Transportwesen, Gas, Wasser, Elektrizitätsversorgung u. a.) treffen sollen. Solange aber Lohn- und Klassenkämpfe auch von den wirtschaftlich urteilsfähigen Teilen der organisierten Arbeiterschaft verquickt werden, wird eine „Befriedigung der Wirtschaft“ und damit die soziale Besserstellung der Arbeitnehmer, die letzten Endes auf der materiellen Sicherheit der Unternehmung öffentlicher oder privater Hand beruht, unmöglich bleiben. Wirtschaftliches Urteil darf nicht durch politische Parteinahme bestimmt werden. Es ist deshalb einer der schwersten Fehler der deutschen Arbeiterschaft gewesen, zu der Zeit, als sie die Absage der feindbündlichen Arbeitersyndikate gegenüber ihren eigenen Internationaltendenzen erkennen konnten, Fragen der deutschen Arbeitsleistung und Produktionssteigerung in die Beurteilungssphäre internationaler Arbeitersolidarität zu stellen, bei ihren Lohnforderungen und Mindesttarifen dagegen nur deutsche wirtschaftliche Verhältnisse zu Vergleich und Schätzung heranzuziehen. Denn wenn auch innerhalb der Arbeiterschaft das Valutaproblem mit bestem Ernst und erdenklichster Sorgfalt geprüft worden ist, so hatte sie doch bei ihren Lohnforderungen nur die allgemeine Preisgestaltung und die Teuerungsverhältnisse des Inlandes und ihre Sonderstellung im Auge. Die Tatsache der Verknüpfung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens mit der Weltwirtschaft und unserer durch den Friedensvertrag fast lückenlos hergestellten Abhängigkeit vom Auslande war ihnen auf zwischenstaatlich-sozialistische Anschauungen erzogenen Politikern entweder nicht der Punkt grundsätzlicher Bedeutung, oder es mußte aus parteitaktischen Gründen an ihm vorübergegangen werden.

Hier aber lag und liegt gerade das für die Arbeiterinteressen an der Wirtschaftslage entscheidende: Denn nur die berufsständische, nur die betreffende Produktivgruppe oder Gemeinschaft der Unternehmer und Arbeiterverbände konnten die Frage gesamthandlich regeln, wie etwa durch Valuta- (Auslands-) Aufschläge auf das betreffende Fabrikat und durch organisatorischen Zusammenschluß aller beispielweise an der Herstellung von Eisenhalbzeug Beteiligten eine Angleichung des Inlandspreises an den Weltmarktpreis zu erreichen gewesen wäre. Was statt dessen geschah, war parteipolitisch organisierter Streik — nicht wirtschaftlicher Zusammentritt. Dessen Sachverstand allein aber wäre es vorbehalten gewesen, in all den verschiedenen Produktivgruppen Preise zu erzielen, die es verhinderten, daß trotz unerhört sprunghafter, aber nicht organischer Preisentwicklung dem Auslande gegenüber das Unternehmen heute noch als Preisdrücker, die Arbeiter als Lohndrücker ihren fremdländischen Berufsgenossen gegenüber erscheinen können. Die weiteren Folgen lassen sich an tausend Beispielen als ebenso tragisch wie lächerlich erweisen: der amerikanische Geschäftsreisende fährt für den gleichen Fahrpreis im Schlafwagen von Köln nach Berlin, für den er einmal quer über seinen heimatlichen Kontinent von New York nach San Franzisko fahren kann. Aber weil er das für seinen hohen Valutastand tun kann, kauft er Deutschland auch aus und importiert nach Amerika Ware, die dort nie und nimmer zum gleichen Preise fabriziert werden kann. Folge: Stilllegung amerikanischer Produktionsstätten und Born der amerikanischen Arbeiterschaft

gegen den deutschen „Lohndrücker“, der hier im marxistisch-materialistischen Zahlenwahnsinn lebt. Wir sprachen von Amerika als dem für seine Arbeiterschaft — was den gegenwärtigen Lohnstand betrifft — günstigsten gelegenen Beispiel. Man höre die Schweiz, die durch den deutschen Ausverkauf vor dem eigenen Bankrott steht. Man höre andere Länder, Frankreich voran. Wundert sich der deutsche Arbeiter heute immer noch über die scheele Ablehnung seiner außerhalb des Erreichbaren stehenden Ideenwelt seitens der Auslandsarbeiter im Westen? Sozialismus ist Wirtschaft, nicht parteiegoistische Klassenpolitik! Dank ihr muß ein Deutscher heute seinen Brief aus Berlin nach Königsberg teurer frankieren als eine Postkarte nach Brasilien. Nicht mit der einzeln rechnenden Vernunft unserer Individualisten, sondern nur mit dem Verstande der Fachkörperschaft ist unseren Wirtschaftsproblemen beizukommen. Wenn eines unsrer deutschen Bolschewisten und neuerdings unsrer deutschen Gewerkschaften die Augen weit öffnen sollte, so ist es der Aufruf des Zentralkomitees der russisch-kommunistischen Partei in der „Prawda“ vom 29. März 1920, in der Sinowjew (Apfelbaum) schreibt: Die Bourgeoisie ist expropriert. Arbeitskaufende Unternehmer gibt es nicht mehr. Es ist also, da der Sowjetstaat die Ausbeutung der Arbeiter verhindert (!), nicht mehr Aufgabe der Gewerkschaften, die spezifischen Arbeiterinteressen zu verteidigen, sondern wirtschaftliche Organisationsarbeit zu leisten und gegen egoistische Gruppeninteressen zu kämpfen. Inangriffnahme schöpferischer Arbeit allein kann uns helfen. „Parteien“ können und dürfen dem Arbeitnehmerkreis in seinem Interesse, das auf Erhaltung und Ausbau der Produktionsmittel, nicht auf deren sinnlose Zerstörung weist, nur die Arbeitsgemeinschaften von Unternehmung und Arbeit sein.

Wirtschaft ist, wie wir nicht hervorheben zu müssen brauchen, Gesamtangelegenheit. In naher Zukunft gewiß, in fernerer wahrscheinlich werden wirtschaftliche Dinge und Probleme für den einzelnen wie für die Gesamtheit von ungleich entscheidenderer Bedeutung sein als bisher, und deshalb sollte die Wirtschaft unseres Volkes seine Politik bestimmen, nicht aber diese jene. Wenn der Tag gekommen sein wird, an dem sich im Bewußtsein des Arbeiters das Eigeninteresse mit dem Geschäftsinteresse identifiziert haben könnte, weil die Interessen beider, des Unternehmers und des Arbeiters, im gleichen Wirtschaftsboden wurzeln, dann wird ein erheblicher Schritt vorwärts zur Beweglichkeit, Zielsicherheit und Grobzügigkeit unserer gesamten inneren und äußeren Politik getan sein. Diese Entlastung der Wirtschaft „von der Parteien Gunst und Haß“ kann „im wohlverstandenen Interesse“ der Beteiligten nur erreicht werden durch die neue und letzte, kühl erwogene itio in partes am Beginn eines Jahrhunderts, das im Begriff stand, gerade das deutsche Wirtschaftssystem zu dem feinstorganisierten, Materie und Seele in gegenseitige Achtung setzenden zu machen.

Politik gehört nicht in den Gerichtssaal — hören wir —, nicht in die Schule — billigen wir: weshalb soll sie ausgerechnet eine Stätte behalten oder finden, wo aus Schülern oder Lehrlingen Gesellen und Unternehmer werden, die ihr unbestrittenes Meister- und Gemeinschaftswerk nur einem unparteiischen Richter vorzulegen wünschen?

Entpolitisierung der Wirtschaft tut not!

Dieser Tagesforderung muß um so eher Rechnung getragen werden, je drängender die Notwendigkeit an die schaffenden Kräfte der Wirtschaft herantritt,

angefichts der ungeheuren Vernichtung der Vermögen durch die Geldverschlechterung und die aus ihr zwingend folgende Vernichtung der Bildung, die auf Gehalt und Einkommen aufbaute, die neuen Voraussetzungen für eine neue Wirtschaft mit höchstgesteigerter Produktivität zu schaffen. Wir können Dr. August Müller (Sozialisierung oder Sozialismus? S. 100) nur beipflichten: Es dürften noch lange Zeiträume vergehen, ehe Nichtarbeiten vom allgemeinen Volksbewußtsein als ebenso unmoralisch betrachtet wird wie Raub und Diebstahl. Unsere Sorgen sind Gegenwartsorgen. Solange Ordnungsliebe und Unabhängigkeitsinn, die zwischen dem Freiheitsdrange der Westvölker und dem Unterwerfungshange der Ostvölker sich in dem Rantschen „Lande der Mitte“ vereinigten, solange sie noch bei uns wohnen, haben wir Pflicht und Recht, den bolschewistischen Arbeitszwang und die Aufhebung des Streikrechts bekämpfend, Disziplin und Arbeitsfreudigkeit durch ihnen adäquate Lohnformen zu stärken: Wenn wir demgemäß über Akkordlohn und Taylorismus sprechen, so hat den Hintergrund die Wirtschaft und ihre Lage dergestalt zu bilden, daß dieser Hintergrund auch dann noch erkannt werden kann, wenn hierbei die Vermeidung des ausbeuterischen und kapitalistischen Charakters, das heißt die soziale Seite — wie notwendig und selbstverständlich — im Vordergrund steht. Und wenn zum Ausgleich unserer Valutanot von Reicherts Vorschlag der plangebundenen Grenz- und der freien Binnenwirtschaft gesprochen wird, so können die Sachverständigen der Wirtschaft weder die Literaten noch die Experimentierer zu Worte kommen lassen in einem Kreise und über einen Gegenstand, der an Stelle dialektischer Gewandtheit und kritischer Regierungskunst wirtschaftlichen Weitblick, Instinkt und Überblick verlangt.

Deshalb schaffe man in wirtschaftlichen Dingen Raum für eine öffentliche Meinung der Wirtschaftler.

Wird sie geschaffen, so sollte ihr erster Schritt die rücksichtslose Kampfansage an die öffentliche und private Korruption sein. Nie hat sich gemeiner und allgemeiner der Niedergang des Ehr- und Sittlichkeitsbegriffs in so erschreckendem Maße gezeigt wie nach einem Kriege, der unerhörte Massen aufbot an Menschen, Maschinen, Nordwerkzeugen, Geld — und Lügen. Es gibt ein naturgesetzliches Postulat: den horror vacui. Entstehende Leeräume, die ehedem Werte füllten, wurden besetzt durch den Unwert. Zuerst zögernd und nachgebend dem schwach geführten Gegenstoß staatlicher Organe und der öffentlichen Meinung. Aber der Gegenstoß ließ nach und wurde selten, und die öffentliche Meinung wurde begrenzt und bevormundet. Da kamen sie, schleichend, die Händler, Bucherer und Schieber. Als der Landesfeind im Osten ins Elend ging durch Mittel, die nur einem verzweiflungsvoll umdrängten Volke erlaubt sein können, kamen sie in hellen Haufen. Auf faulenden Organismen wuchern die Pilze: Sie machten unser Beamtengeviß hohl, sie weckten die Gier und setzten die Verschwendung neben das Elend. Sie ließen Ministerien zu Schiebertreffpunkten werden und Minister zu Geschäftsteilhabern. Sie machten aus der diplomatischen Mission den reisenden Kommiss. Aber während sie die Würde töteten, legten sie die Würde auf die Schulter der anderen. Sie lehrten die Regierenden das Wort: „Verhandeln“, währenddes sie handelten: energisch und — mit allem. Sie kamen aus dem Lande des (innerlich ohnmächtigen) härtesten Wirtschaftszwanges und deshalb waren sie erfahren in der Selbstbefreiung und im Umgehen jeglichen

Gebotes von Recht und Moral. Sie übten die Meistforderung und deshalb exportierten sie das, woran im Lande selbst der bitterste Mangel herrscht. Männer feminisieren und Frauen verdirnen schuf ihnen den Zwittertyp, der tagsüber satt und lächelnd am Maueranschlag über dem Plakat von der „verminderten Brot-ration“ und der „Zuteilung von Pferdefleisch“ glitzernden Auges die Nackttanzankündigungen studierte. Aber noch im Spielsaal des Geschäftsmannes wußten sie selber alle Sätze in Rubel und Frank, in Gulden und Pfund zum gehörigen Tageskurse zu halten.

Wo blieben ihnen Produktion und Ökonomie der von ihnen ausgepowerten Wirtschaft.

Bringen wir in das allgemeine Bewußtsein, daß es nur mehr zwei Mittel gibt, aus dem Gegenwarts- und Allgemein-Elend herauszukommen: Kampf jedes einzelnen gegen die Korruption — und produktiv und ökonomisch leben und wirtschaften. Beide, Wirtschaftsmoral und soziales Wiedergutmachen ist das Ziel. Der Weg ist vorgezeichnet, beschreibbar aber nur, wenn die Wirtschaft und ihre Ordnung den Berufenen zu gesamtter Hand und ausschließlich übergeben wird.

Wer ist berufen? Die Frage kann nur eine Antwort erhalten: Die Gesamthandschaft der fachlich geordneten, beruflich gegliederten Sachverständigen aus beiden Gebieten des Produktionsprozesses; aus den Erdenkenden also und aus den Ausführenden, aus den Unternehmern und der Arbeiterseite, aus den Leitenden und den Leistenden.

Ich verwies mehrfach auf den Erfahrungswert der Arbeitsgemeinschaften, die zu ihrem Teile verstanden haben, der anmaßlichen Unkenntnis der Politik in den Dingen der Wirtschaft die Tür zu weisen. In einer bedeutsamen Zahl von Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeiterschaft ist die Trennung von Politik und Wirtschaft erfolgt in der Erkenntnis, daß politische und kulturelle Aufgaben nicht nebenher von der Wirtschaft, wirtschaftliche nicht nebenbei von der Politik erledigt werden können. Aber obwohl diese — beispielsweise in der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands — zusammengeschlossenen Berufsgruppen ein qualitativ hochbedeutendes Maß von sachverständiger Berufsförderungsarbeit geleistet haben, stehen dem Gedanken der Befreiung von der noch immer nicht ausgemerzten parlamentarischen Vormundschaft dieser Organisation und ihres Berufskreises Gegner — und zwar auch solche aus der Wirtschaft selbst — gegenüber. Den letzteren sollte, zumal sie die Arbeits- und Denkweise des Parlamentarismus als seine Verfechter kennen müssen, allgemach klar geworden sein, daß die vom politischen Parlament in ein Wirtschaftsparlament „gerettete“ Wirtschaft ihr Schiff von der Skylla in die Charybdis steuert. Denn wenn sie sich im Hause der Politik den Wirtschaftsbeschlüssen Unfachverständiger unterwerfen mußte, so wird sie im „Wirtschaftsparlament“ Rathederörterungen statt der Lösung brennender Tages- und Zeitfragen zu gewärtigen haben. Zum Schwätzen, meine Herren — sagte einmal der große Friedrich — haben wir nachher Zeit, jetzt müssen wir fechten! Beachtet man, daß die Industrie ihre gesamten wirtschaftspolitischen Vereine im Reichsverband der deutschen Industrie organisatorisch einheitlich zur Selbsthilfe zusammengeschlossen hat und daß Landwirtschaft und Handel den gleichen Weg gehen, so war der Schritt der bisherigen Gegenseite, das heißt der gewerkschaftlich organisierten

Arbeiterschaft, sich mit dem Unternehmertum über die damals bestehenden Interessengegensätze hinweg zur einheitlichen Regelung der Wirtschafts- und der Sozialpolitik zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen, die neuzeitlich bedeutendste Leistung in der Erfassung berufsständischer Gesamtnotwendigkeit und Gemeinsamkeitsnutzens. In der Tat darf auf der Grundlage der gemachten praktischen Erfahrungen gesprochen werden von einem Zusammenschluß über „damals bestehende“ Interessengegensätze hinweg. Denn wenn jene Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands nicht erreicht worden wäre, so hätten der deutsche Wirtschaftsbau, an dessen Grundfesten seit den Novemberstürmen manch wertvoller Stein sich gelockert hatte, die Säulen biegen und brechen sehen müssen.

Dennoch: Als Ernst von Borfig und Begien am 4. Dezember 1918 ihren Namen unter eine „vorläufige Satzung“ der Arbeitsgemeinschaft setzen konnten, da fehlte an der Möglichkeit eines restlosen Zusammenschlusses, der ein augenblicklich gebieterisches Auftreten gegenüber dem Dreinreden von Außenstehenden und Parlamentsexperimenten gewährleistet hätte, die grundsätzlich gleichgerichtete Organisation der Landwirtschaft. Sie mag in zielbewusster Weiterentwicklung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft erreicht werden, wenn das Land, das den Industrien bisher die arbeitsausführenden Kräfte der Körperarbeit lief, von den Industriestädten nunmehr die vorbildlich organisatorischen Grundideen übernehmen kann.

So muß in zäher Arbeit die Gesamtheit der organisierten produktiven Kräfte gesamthändlerisch der Kammer der Arbeit als dem an positiver Leistung überragenden Räteystem von Sachverständigen die Grundlagen liefern zur wirtschaftlichen Tat. Die aber wird — als letztes und wichtigstes — den wirtschaftlichen Frieden dadurch verbürgen können, daß sie den Gewerkschaften ihre enge, nämlich die gleiche Zugehörigkeit zu den Industrieunternehmungen als den Zentren der Wirtschaft aufstellt, die den aus ihnen stammenden, mit ihnen verwachsenen Unternehmern selbstverständlich ist. Denn dann wird wirtschaftlicher und sozialer Zusammenschluß zweierlei Ding und nicht mehr der Arbeiter, zur steten Beunruhigung des Werks, mit dem er die wirtschaftliche Werksgemeinschaft bildet, aus dem Werke zur Klassengemeinschaft herausgeholt werden. Hier bietet sich die verantwortliche Teilnahme an den Betriebsvorgängen für die Betriebsräte der Zukunft, die, auf den Gewerkschaften fußend, mit den letzteren, die durch den Betriebsrat wirtschaftlich mit dem Werk verbunden sind, die Gemeinschaft ihrer Arbeitnehmerinteressen innerhalb ihres Berufsverbandes ebenso unberührt sehen, wie der Arbeitgeber die seinigen.

Die deutsche Kammer der Arbeit, das „Räteystem unserer wirtschaftlichen Zukunft“, läßt jede Vorbedingung zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und Fortschritt erkennen, denn sie ist sachlich gegliedert. Sie hat aus Berufsverbänden, die naturgemäß aus Unternehmung wie Arbeiterschaft nur Sachverständige stellen können, ihre Orts-, Bezirks- u. s. w. Gruppen nach dem bei den Arbeitsgemeinschaften in Kraft gesetzten Grundsatz aufzustellen, daß der Vorstand in den verschiedenen Gruppen gleichmäßig mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt wird und Beschlüsse von der beiderseitigen Mehrheit getragen und verantwortet werden müssen. Und sie ist sachlich gruppiert, denn es werden die niederen Gemeinschaften

des Kohlen- oder Kali- oder des gesamten Bergbaus nach geographischen Zusammentritten sich vereinigen in der beispieelsweisen Obergruppe: Bergbau.

Setzen sich diese Zusammentritte von Industriezweig zu Industriezweig fort, so ist dasjenige Räteystem geschaffen, an dessen Sachkunde die gesetzgeberische Arbeit Grundlage und Initiative gleichermaßen findet.

Ohne diese gesamthändlerische, sachverständige arbeitsgemeinschaftliche Anordnung der wirtschaftenden, mit dem Rechte der Selbstverwaltung auszustatten- den Berufsstände in das Staatsgefüge: ohne solchen „Korporativismus“ werden sich die schweren Nöte der heutigen Wirtschaft des Reiches, die wir aufzuzeigen versuchten, nicht mehr beheben lassen.



Reichs Spiegel

Der Aufmarsch der Linksparteien. In Deutschland bestehen seit der vorigen Woche glücklich fünf sozialistische Parteien, und zwar ist es die Spaltung der Kommunistischen Partei, welche die neueste Farbenspielart in das rote Butett gebracht hat.

Es ist zweifellos, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (S. P. D.) und die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands (U. S. P. D.) ein bestimmtes Wahlabkommen getroffen haben. Die Arbeitsteilung zwischen den beiden Parteien ist sehr bemerkenswert. Die „Freiheit“, das Organ der in Opposition zur Regierung stehenden Partei hat eine gemäßigte Tonart angenommen, während der „Vorwärts“ als Regierungsorgan eine vollkommen opponierende Stellung gewissermaßen gegen sich selbst einnimmt. Der Grund für dieses Zusammenspiel — dem in der bürgerlichen Presse keine ähnliche geschickte Organisation gegenübersteht — liegt auf der Hand. Die Unabhängigen wünschen sich regierungsfähig zu machen. Ihre Führer, die sich bereit halten, um selbst den Staat mit in die Hand zu nehmen, wollen sich nicht zu sehr auf Dinge festlegen, durch die sie sich selbst Schwierigkeiten schaffen, oder die ihnen später ein allzu schroffes Abrücken von ihrer vorministeriellen Überzeugung aufnötigen würden. Der „Vorwärts“ andererseits wirbt um die Gunst der Regierten und glaubt dies immer noch durch ein Bekämpfen der Regierungsmaßnahmen, nicht durch eine Erziehung der Massen für den Autoritätsgedanken bewirken zu können. Die Mehrheitssozialistische Partei hat ja auch allen Grund, die Konkurrenz der drei weiter links stehenden sozialistischen Parteien zu fürchten, solange das augenblickliche Wahlrecht besteht, das den auch in den Massen lebendigen Ordnungssinn mit den Stimmzetteln der Unreifen zuschüttet.

Die Vermutungen über den Ausfall der kommenden Neuwahlen beherrschen die ganzen Parteiüberlegungen. Nachdem das Zentrum als erste Partei mit seinem Wahlauftrag den Takt angegeben hat, folgte die S. P. D. als zweite Partei mit ihrem ziemlich farblos gehaltenen Wahlauftrag. Da aller Wahrscheinlichkeit nach die Tragfähigkeit der jetzigen Regierungskoalition bei den Wahlen durch Abgaben nach rechts und links geschmälert wird und da die vor dem Rapp-putsch vielfach erwogene Verbreiterung der Koalitionsbasis nach rechts zurzeit wenig in Frage kommt, so sehen sich Mehrheits-Sozialdemokraten und Unabhängige auf eine gemeinsame Grundlinie gedrängt, um eine regierungsfähige Mehrheit der Linken zu schaffen.

Nun war aber die Unabhängige Sozialdemokratie schon selbst immer gespalten. Der Führer des rechten Flügels ist Hilferding, Schriftleiter der „Freiheit“, der Führer des linken Flügels Däumig. In der U. S. P. D. sind die Führer